

Liebe Leserin, lieber Leser des LevLiberal,



diese Europawahl ist eine Zukunftswahl für die EU.

Die Europawahl am 26. Mai ist eine wichtige Weichenstellung für die über 500 Millionen Menschen in der Europäischen Union. Wir können entscheiden, ob wir Europa eher als Problem oder als Lösung für unsere Probleme sehen. Wir als FDP Leverkusen stehen für ein politisch vereinigtes Europa ein. Wir wollen die heutigen und zukünftigen Probleme des Kontinents durch gemeinsame Gremien lösen, das Europäische Parlament ist für uns dabei das wichtigste Gremium. Wir wollen eben nicht mit dem Motto „Italien (Frankreich, Ungarn oder Deutschland) zuerst“ die Politik definieren, sondern immer gemeinsame Lösungen finden, die vor allem auch unsere gemeinsamen Ziele und Positionen berücksichtigen. Das Wohl aller Menschen muss immer im Mittelpunkt einer europäischen Lösung stehen, nicht die Durchsetzung eigener Interessen zu Lasten der Nachbarn. Den wahren Wert Europas werden viele leider erst erkennen, wenn die EU nicht mehr funktioniert oder wenn weitere Länder Großbritanniens Weg folgen wollen würden.

Die Werte Europas stehen bei dieser Wahl auf dem Spiel. Wollen wir Parteien im europäischen Parlament, die den Ungarn Viktor Orban hofieren, wie die CDU derzeit, der offen die Bürgerrechte in Ungarn missachtet? Oder wollen wir Europa Parteien überlassen, die mit Rechtsradikalen wie Le Pen in Frankreich oder Salvini in Italien gemeinsam Europäische Bürgerrechte und Europäische Institutionen abschaffen wollen? Wir als FDP sind zusammen mit anderen Liberalen Parteien in Europa und der Bewegung „En marche“ mit dem Französischen Präsidenten Macron an der Spitze, um ein demokratisches Europa voranzutreiben und die Einheit der EU zu erhalten.

Ein Europa mit gesteigertem Nationalismus und Zweckbündnissen hat uns historisch im 20. Jahrhundert zu zwei verheerenden Kriegen geführt. Deutschland stand dabei leider im Mittelpunkt der Entstehung und der Folgen dieser Kriege. Wir wollen vor dem Hintergrund dieser schrecklichen Erfahrungen unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn friedlich und demokratisch für gemeinsame Interessen weiter entwickeln.

Wählen Sie europafreundliche, friedliche und auf einen europäischen Ausgleich bedachte Parteien. Wählen Sie die Parteien, die unsere Bürgerrechte und unsere Freiheiten unterstützen! Wählen Sie am Besten die Freien Demokraten!

■ **Dr. Guido Fischer**
Parteivorsitzender der FDP Leverkusen

EUROPA NEU DENKEN

Obwohl ich seit Mai 2017 im nordrhein-westfälischen Landtag mit einer großartigen Fraktion den Politikwechsel mitgestalten darf, kandidiere ich jetzt für das Europäische Parlament, weil wir eine Schicksalswahl in Europa erleben. Erstmals könnten Populisten und Nationalisten eine Mehrheit erreichen und dies würde unsere Zukunft gefährden.

Die Welt wird zunehmend komplexer und ist derzeit voller Krisen. Aber für uns Freie Demokraten ist klar: Die großen Zukunftsfragen können wir nur mit der Europäischen Union lösen. Wir müssen in diesem Wahlkampf trotzdem auch ehrlich die Schwächen der EU ansprechen. Es reicht nicht länger, die EU ausschließlich als Friedens- und Wohlstandsprojekt zu loben. Vielmehr werden dringend institutionelle Reformen benötigt, welche die Europäische Union transparenter, effektiver und demokratischer machen. Deswegen wird es Zeit, dass wir ein Vollparlament mit einem Sitz in Brüssel und eigenem Initiativrecht bekommen, die EU-Kommission verkleinern und den Grundsatz der Subsidiarität wieder in den Mittelpunkt stellen. So können öffentliche Aufgaben bürgernah gelöst werden. Und die EU muss sich endlich wieder mehr um die großen Themen und Probleme kümmern. Und diese großen Fragen liegen auf der Hand: Digitalisierung, Binnenmarkt und Wohlstand, Frieden und Sicherheit.

Ein Europa, das seine Bürger schützt, braucht eine effektive Zusammenarbeit, aber eben keine neuen Grenzen und Schlagbäume. Vielmehr braucht eine sichere EU grenzüberschreitende Zusammenarbeit und ein Europäisches Kriminalamt. Und auch militärisch braucht es mehr Zusammenarbeit. Umso erfreulicher, dass nun auch Angela Merkel die Forderung von Emmanuel Macron und den Freien Demokraten nach einer europäischen Armee unterstützt.

Die Zukunft unserer Wirtschaft und unseres Wohlstands liegen in einem europäischen digitalen Binnenmarkt. Die EU hat den größten Binnenmarkt der Welt mit rund 500 Millionen Konsumenten und einer Wirtschaftsleistung von rund 11,5 Billionen Euro.

Wir müssen sicherstellen, dass hier auch in Zukunft noch neue Wertschöpfung entsteht. Das geht nur mit einer nachhaltigen, zukunftsfähigen und langfristigen Wirtschaftspolitik, die auf Innovationen setzt.

Grundvoraussetzung für Innovation und Teilhabe ist die Versorgung mit Breitband und schnellem Internet. Beides bis zur Haustür muss in der EU deswegen zum Standard werden. Darüber hinaus dürfen Gründergeist, Innovation und Digitalisierung in Europa nicht vor Ländergrenzen Halt machen. Wir Freie Demokraten möchten europäische Digital- und Freiheitszonen schaffen. Dort soll leichter Kapital für private Investitionen in hochinnovative Unternehmen bereitgestellt und so eine ganz neue Dynamik geschaffen werden.

Auch außenpolitisch muss die Europäische Union neue Wege gehen. Mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik geben wir europäischen Lösungsvorschlägen gegenüber unseren Partnern und internationalen Institutionen, wie der NATO oder den Vereinten Nationen mehr Gewicht. Dazu zählt unter anderem der klare Einsatz für mehr Freihandel. Die wachsenden Tendenzen des Protektionismus lehnen wir ab. Wir stehen auch weiter, neben den Freihandelsabkommen mit Kanada, Japan und Südkorea, zu TTIP. Freihandelsabkommen geben uns die einmalige Gelegenheit, der Globalisierung Regeln zu geben. Freihandel hat positive Auswirkungen auf Beschäftigung, Einkommen und Wachstum auf beiden Seiten.

Nicht zuletzt ist es auch Aufgabe der Politik, die Europäische Union vor Ort präsent zu machen. Mir ist es deswegen wichtig als Abgeordneter nicht nur in Brüssel und Straßburg, sondern auch ganz aktiv in NRW unterwegs zu sein. Gemeinsam mit den Freien Demokraten möchte ich eine neue Leidenschaft für die Europäische Union, in der wir morgen mehr Chancen entdecken, als wir uns heute noch vorstellen können, entfachen!

■ **Moritz Körner**
Spitzenkandidat der FDP NRW



Wiesdorfer City C – keine Zeit mehr verplempern!

Immer wieder mache ich die Erfahrung in der Leverkusener Politik: „nur mit Beharrlichkeit kann in dieser Stadt aus Stillstand Bewegung werden“, und beim Thema City C ist genau das geschehen.

Fünf gemeinsame Anträge zur City C von FDP und Opladen Plus sind seit September gestellt worden mit dem Ziel, die Entwicklung der maroden City C, dem traurigen „Filetstück“ unserer Wiesdorfer Innenstadt, endlich voranzutreiben. Bis dahin war eigentlich nur Stillstand zu verzeichnen, gepaart mit Absichtserklärungen des Oberbürgermeisters, aktiv zu werden.

Alle fünf Anträge wurden immer wieder vertagt, wie auch die anderer Fraktionen, ohne dass vom Oberbürgermeister oder anderen Stellen einmal konkrete Gegenvorschläge gekommen wären. Nachdem der Oberbürgermeister sich dann doch in die Ecke gedrängt



fühlte, hat er im den ersten Turnus des Jahres 2019 eine eigene Vorlage eingebracht, die zwei für uns nicht hinnehmbare Aspekte beinhaltete:

1. Es sollte nur ein Verwaltungsstandort im Bestand geprüft werden
2. Die stadt eigene Wohnungsgesellschaft Leverkusen sollte eine Machbarkeitsstudie erstellen, die nicht nur

viel Geld gekostet hätte, sondern mit der wir vor allem viel Zeit verloren hätten.

Schließlich ist auch die CDU zu der Überzeugung gelangt, dass dies nicht der Königsweg ist und gemeinsam mit den Grünen konnten wir uns auf ein Konzept einigen, welches am Ende auch die SPD mittragen konnte. So sind unsere ursprünglichen Forderungen in diesem vorliegenden Antrag deutlich zu finden

1. Eine Projektentwicklungsgesellschaft, vergleichbar mit der nbso (neue bahnstadt opladen), wird sich dieses Projektes annehmen.
2. Es wird ganz ausdrücklich die Entwicklung auch als urbaner Wohnstandort geprüft.
3. Optionen im Bestand wie auch mit Neubauten werden mit verschiedenen Investoren eruiert, wozu auch die qualifizierte Prüfung der Teilungs-erklärungen gehört.

Dass die Entwicklung des Areals für die Stadt nicht zum Nulltarif zu haben ist, wissen wir alle. Aber wir sind auch überzeugt, dass sich die nachhaltige Entwicklung auf diesem „Filetstück“ langfristig auszahlen wird. Und außerdem kostet die „Brache“ die Stadt jährlich fast 400.000 Euro, ohne dass bisher dabei etwas herauskommt. Dieser Stillstand kann nicht im Sinne Leverkusens sein.

Eine solch breite Mehrheit aus CDU, SPD, Opladen Plus, Grünen und FDP kann nur im Sinne der Stadt Leverkusen sein, die City C wäre womöglich im Kommunalwahlkampf thematisch zerfleddert worden und teurer Stillstand wäre herausgekommen. Damit hat sich das Engagement für die City C und damit für Leverkusen gelohnt!

■ **Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens**
Sprecherin der Ratsgruppe

Wasch mir den Pelz – aber mach mich nicht nass!

So kann man die Haltung vieler Ratsmitglieder beim Schloss Morsbroich beschreiben. Zwar sind in 2018 die Vorschläge der (privaten) Arbeitsgruppe rund um den Museumsverein alle mit deutlicher Ratsmehrheit akzeptiert worden, um dem Museum Morsbroich Attraktivität „einzuhauchen“. Bei der Umsetzung der Einzelprojekte hapert es jedoch. Hier möchten alle Ratsparteien „rosinenpicken“. Den Schlosspark wieder in einen solchen zu verwandeln, stößt auf den Widerstand der Grünen und der Naturschützer, die keinen einzigen der wilden Bäume und Sträucher „opfern“ mögen. Andere möchten zwar mehr Besucher und attraktivere Veranstaltungen, aber keinesfalls zusätzliche Parkplätze an der Gastronomie. Die FDP kann sich dem Parkraumwunsch der Projektgruppe anschließen, würde aber alternativ gern die Errichtung einer Parkpalette mit einer zusätzlichen Ebene auf dem bestehenden Parkplatz prüfen lassen. Der derzeitige Parkplatz liegt so tief, dass eine zusätzliche Ebene weder die Sichtachse zum Schloss noch zum Obstgut versperren würde.

Die vakante Gastronomie muss jetzt zeitnah ausgeschrieben werden, und zwar gemäß dem Gastronomiekonzept der Arbeitsgruppe, jetzt ist die Chance. Warum passiert da nichts? Am dringlichsten ist jedoch, das Schlossgelände inklusive Museum rechtlich auf neue Füße zu stellen, wovon offensichtlich viele im Rat und in der Verwaltung zurückschrecken, weil

sie die KulturStadtLev nicht schwächen mögen? Für Eigenständigkeit wäre die Ausgliederung aus der KulturStadtLev unabdingbar, nur so können neue Gestaltungsspielräume eröffnet werden. Wir fragen immer wieder: Warum geht das nicht voran? Offensichtlich herrscht Stillstand, weil die Politik und die Verwaltung eine Lösung für das Museum wollen, aber keine Konsequenzen ziehen möchten. Aber „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ funktioniert nicht!

■ **Benedikt Vennemann**
Vertreter im Bezirk 3



Nahversorgung in den Stadtteilen

Für uns Liberale ist es von großer Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ihre alltäglichen Besorgungen möglichst fußläufig erledigen können. Der im Oktober 2018 geänderte Flächennutzungsplan wird dem gerecht.



Die Probleme sind damit aber leider nicht kleiner geworden. Zunächst einmal hat die Verwaltung den geänderten Plan der Bezirksregierung vorgelegt. Von dort kommt nun der Einwand, dass die Planänderung ohne eine Umweltuntersuchung nicht genehmigungsfähig sei. Da wiehert doch der Amtsschimmel! Wir Freie Demokraten werfen unserer Verwaltung oftmals vor, die Gesetze zu Lasten der Bürgerinnen und Bürger unnötig restriktiv auszulegen. Hier hat man nun, zumal die Änderungen oftmals nur geringfügig waren, eine Vereinfachung angestrebt und wird ausgebremst.

Weiterhin in der Schwebe hängen auch zwei Projekte zur Nahversorgung, welche durch den Flächennutzungsplan gedeckt sind, jedoch noch einen Bebauungsplan zur Konkretisierung des Vorhabens benötigen. Es sind dies die Nahversorger in Bergisch Neukirchen an der Wuppertalstraße und in Schlebusch an der Reuterstraße. Wir setzen uns weiterhin dafür ein, dass diese Projekte umgesetzt werden. In beiden Fällen halten wir es dabei für wünschenswert, wenn auf den Flächen neben dem Einzelhandel – genauer gesagt über demselben – auch Wohnnutzungen realisiert werden. Auch das geplante kleine Handelszentrum in Fettehenne muss unbedingt realisiert werden.

Ein Rückschritt in der Nahversorgung ist die geplante Schließung des Supermarktes in Manfort. Hier stehen wir im Kontakt mit der Handelsorganisation, um eine Problemlösung zu finden.

■ **Friedrich Busch**
Ratsherr

Nie war eine Europa-Wahl wichtiger als die Kommende

Nie war eine Europawahl wichtiger als die am 26. Mai 2019, denn sie wird wegweisend sein: für die Zukunft der Europäischen Union, und

für unsere Zukunft in der Europäischen Union. Deswegen habe ich mich entschieden, als Kandidat der Freien Demokraten in diesen Wahlkampf zu ziehen. Ich will nicht zulassen, dass die Europäische Union – bei allem was es zu verbessern gilt – von Nationalisten und Populisten in ihre Bestandteile zerlegt wird. Europa darf weder nach links in die Schuldenunion, noch nach rechts in die Auflösung der Union. Europa muss nach vorne!

Ich habe die europäische Idee und ihre Wirkung auf mich persönlich von Kindesbeinen an erlebt. Ich bin in Fontainebleau bei Paris geboren und an der Europäischen Schule in Luxemburg aufgewachsen. Ich (er)lebe, dass Europa viel mehr ist als das Europa der Regierungen, Behörden und Institutionen. Es ist das Europa der Bürger Europas – geprägt von den allgemeinen Freiheitsrechten, von gemeinsamen Werten, der Vielfalt der Kulturen, Sprachen und Mentalitäten, wirtschaftlicher Kreativität und Gestaltungskraft.

Ich trete ein für eine lebendigere, europäische Demokratie mit mehr Transparenz, in der die Bürgerinnen und Bürger auf Entscheidungen stärker Einfluss nehmen können. Hierfür brauchen wir endlich Reformen in der Europäischen Union, wie ein Vollparlament mit Initiativrecht und eine kleinere Kommission mit klar definierten Zuständigkeiten. Ich will für ein unkompliziertes Europa kämpfen mit einheitlichem Wahlrecht und schlanken Strukturen in der Verwaltung.

Ich will, dass die Europäische Union ihre Mittel gezielt in Innovation und Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und moderne Bildung investiert, das schafft langfristig Arbeit und Ertrag für die Bürgerinnen und Bürger und stärkt den Wachstum und die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Hier bei uns in Europa sollen die Geschäftsmodelle der Zukunft entstehen, um die großen wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern.

Ich mache mich stark für eine Europäische Verfassung, in der die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen, Bürgerrechte und der funktionierende institutionelle Rechtsstaat festgeschrieben werden. In unruhi-



gen Zeiten wie diesen ist es wichtiger denn je klar zu machen, was uns eint – und es auch durchzusetzen!

Europa hat keinen Platz für Nationalisten und Populisten, aber viel Raum für gute, neue Ideen, die uns Europäerinnen und Europäer gemeinsam weiterbringen. Ich will, dass wir Europas Chancen nutzen!

■ **Gerd Kaspar**

Spitzenkandidat des FDP Bezirksverbandes Köln



Meinungsfreiheit im Jugendhaus

Die Verwaltung der Stadt hat einen Antrag in die Politik eingebracht, der es politischen Parteien verbieten soll, Räume in den städtischen Jugendhäusern anzumieten. Wir Freien Demokraten halten das für den ersten Schritt, die Meinungsfreiheit einzuschränken. Nicht mehr an Politische Parteien zu vermieten, bedeutet, die Parteien ohne Not in ihrer Aufgabe, an der Politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken, zu behindern. Es muss in Leverkusen weiterhin möglich sein, dass Parteien, wie Vereine und Verbände auch, städtische Einrichtungen für Informationsveranstaltungen und interne Veranstaltungen nutzen. Dies muss auch und insbesondere für die parteipolitischen Jugendorganisationen gelten! Dass die Nutzung ausschließlich außerhalb der regulären Öffnungs- bzw. Betriebszeiten stattfinden kann, ist unstrittig.

Die Begründung der Stadtverwaltung, durch die vorgeschlagene Satzungsänderung insbesondere nicht-demokratische Parteien an den Rändern des politischen Spektrums ausschließen zu wollen, erachten wir als zutiefst undemokratisch. Mit Blick auf das Recht der freien Meinungsäußerung müssen auch Gruppierungen, die nicht der eigenen politischen Überzeugung entsprechen, die Möglichkeit bekommen, sich zu artikulieren. Die Einschränkung widerspricht dem Allgemeinen Gleichheitsgesetz und dem Grundgesetz. Wenn wir so anfangen zu selektieren, wen schließen wir mit einer weiteren Satzungsänderung als nächstes aus? Deshalb muss der Antrag ganz schnell in den Papierkorb verschoben werden!

■ **Dr. Guido Fischer**

Parteivorsitzender der FDP Leverkusen

Wieder eine starke JuLi-Truppe in Leverkusen

Seit fast 2 Jahren gibt es wieder Junge Liberale in Leverkusen, der Kreisverband ist mittlerweile 18 Mitglieder stark und sehr rührig. Wir wollen neue Themen in die kommunale Politik hineinragen und alte Themen, die noch aktuell sind, an die Bedürfnisse der jungen Generation in Leverkusen anpassen. Dazu gehören neben der Bildungspolitik vor allem alle Bereiche der Freizeitgestaltung sowie der Mobilität. Leverkusen

sollte bei politischen Entscheidungen mutiger sein, dafür setzen wir uns ein. Mit unserer Kreisvorsitzenden Conny Besser bringen wir derzeit einige Projekte auf den Weg. Gern nehmen wir weitere Unterstützer auf diesem Weg mit.

Wenn Ihr Interesse habt, dann meldet euch bei Conny Besser unter conny.besser@onlinehome.de



Wir Liberale möchten in Leverkusen mehr Bürgerservice wagen

Die Gesellschaft in Deutschland – und damit auch in Leverkusen – hat sich in den vergangenen 20 Jahren sehr verändert. Auch das Freizeitverhalten ist anders geworden. Viele Erledigungen werden aus Zeitgründen auf das Wochenende gelegt. Insbesondere Familien mit berufstätigen Eltern und kleineren Kindern sind heute völlig anders organisiert. Diesem neuen Lebensmodell möchten wir als Freie Demokraten gern entgegen kommen. So wünschen wir uns in Leverkusen, dass die Stadtbibliothek eine Sonntagsöffnung vorsieht, wie sie die schwarz-gelbe Landeregierung derzeit erlauben möchte. Gerade am Sonntag hätten



Familien Gelegenheit, mit Muße in die Bücherei zu gehen. Das würde sicherlich auch den Besucher- und Ausleihzahlen unserer Büchereien zuträglich sein. Gegebenenfalls könnte an einem anderen Tag zu einer



besucherschwachen Zeit geschlossen bleiben. Büchereien in Nachbarkommunen sind dieser Idee schon sehr offen gegenüber. Gerade am Wochenende wäre mehr Zeit für die Bücherei, vor allem da Museen und Kunstausstellungen auch geöffnet haben.

Auch unser Wertstoffhof der AVEA sollte nach Ansicht der Freien Demokraten am Samstag geöffnet sein. Ein entsprechender Antrag ist nicht zuletzt durch den Einsatz der FDP im Rat in eine Prüfung durch die AVEA gegangen. Wir versprechen uns davon mehr Bürgerfreundlichkeit und vor allem, dass nicht mehr so viel (Sperr)Müll illegal im Stadtgebiet entsorgt wird, denn auch das geschieht vorwiegend am Wochenende.

■ **Monika Ballin-Meyer-Ahrens**
Sprecherin der Ratsgruppe

Umgang mit Extremisten und Populisten – Freiheit ist auch immer die Meinungsfreiheit der anderen

Für den Umgang mit Populisten und Extremisten in der Stadt fordern wir mehr Gelassenheit. Im Zweifel ist Freiheit, wie auch schon Rosa Luxemburg formulierte, hier auch immer die Freiheit der anderen. Wir müssen uns nicht Gedanken machen um die freie Meinungsäußerung der etablierten Parteien und Gruppierungen sondern um die freie Meinungsäußerung für die jeweils Anderen in Politik und Religion. Die allgemeinen Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948 und unser Grundgesetz von 1949 sind da eindeutig.

Vereinte Nationen 1948, Artikel 2: (Verbot der Diskriminierung)

Jeder hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeinen Unterschied, etwa nach Rasse, Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, Vermögen, Geburt oder sonstigem Stand....

Artikel 19: (Meinungs- und Informationsfreiheit)

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Und das Grundgesetz legt dazu fest:

Grundgesetz 1949, Artikel 3 (3)

Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden.....

Artikel 5 (1)

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus

allgemeinen zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.....

Diese Artikel bilden die Grundlage des politischen und gesellschaftlichen Miteinanders. Sie erlauben allen die freie Meinungsäußerung, und dazu gehören eben auch Gruppen wie die AFD oder religiöse Minderheiten. Wir sollen und müssen nicht mit Vertretern des ganz linken oder rechten Meinungsspektrum zusammenarbeiten, aber wir sollten sie auch nicht an der freien Meinungsäußerung hindern, wie das häufig gefordert wird. Natürlich kann auch, wer die Freiheit der Meinungsäußerung, die Pressefreiheit... zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Ordnung missbraucht, diese Rechte verirken (Art 18 GG). Aber darüber entscheidet in unserem Rechtsstaat das Bundesverfassungsgericht und eben nicht die „Straße“!

Auch wir ärgern uns über Populisten, die einfach „fake“ Behauptungen in die Welt werfen, die nur schwer mit Fakten und Wahrheit wieder aus der Welt zu schaffen sind. Und das gilt sowohl für Links- als auch für Rechtspopulisten! Und in Leverkusen gilt dies insbesondere, leider auch für die „Lokalpopulisten“ von der Bürgerliste!

■ **Dr. Guido Fischer**
Mitglied der erweiterten Ratsgruppe



Das Dauerthema: Mobilität in Leverkusen

Seit Jahren beschäftigen sich Politik und Verwaltung mit Fragen der Mobilität.

Erfreuliche Tendenz ist, daß zunehmend mehr Menschen in unserer Stadt bereit sind, vom eigenen Kraftfahrzeug auf andere Verkehrsmittel wie ÖPNV oder Fahrrad umzusteigen bzw. zu Fuß zu gehen. Wir dürfen deshalb nicht nachlassen alternative Fortbewegungsmittel attraktiver zu machen. Aber nicht für alle Menschen sind Bus, Bahn oder das Fahrrad passend. Viele Pendler könnten Haltestellen nur unter großen Umständen erreichen oder sie arbeiten zu Zeiten, wo der ÖPNV kein Angebot macht. Dazu gehören u.a. die Belegschaften unserer Krankenhäuser.

Sehr zugespitzt ist die Situation in Opladen, vor allem am Remigius-Krankenhaus. Hier gibt es keinen ausreichenden Parkraum für die Beschäftigten, Ausweichoptionen wie das Parkhaus Kantstraße (zu wenig Stellplätze) oder die Ruhlach (Anwohnerparken) sind ausgeschlossen. Die P&R-Plätze am Bahnhof reichen nicht aus. Die Wiederbelebung von Stellplätzen am Rand des angrenzenden Parks wird von der Denkmalbehörde verweigert. Was ist also zu tun?

Die FDP fordert eine langfristige Lösung. Die würde es geben, wenn die Verwaltung endlich dem Bau einer Parkpalette an der Stauffenbergstraße zustimmen würde. Bis zu vier Ebenen wären möglich: eine für das Remigius-Krankenhaus, eine für die Schüler- und Lehrerschaft des Berufskollegs, das als Zweckverband einen sehr großen Einzugsbereich hat, eine für zusätzliche P&R-Stellplätze für Pendler und eine zur freien Verfügung, u.a. auch für Besucher der Opladener Innenstadt. Wie nötig der Parkraum ist, zeigt die Parkdichte des „temporären Parkplatzes“ auf dem Baufeld



an den Bahngleisen, der in wenigen Monaten wegfallen wird. Ausreichend Stellplätze erhöhen die Attraktivität Opladens ebenso wie eine optimierte Anbindung an Radwegenetz und ÖPNV. Insbesondere ältere und mobilitätseingeschränkte Menschen suchen gern autofreundliche Zentren auf, mit der derzeitigen Politik in Leverkusen, Parkraum zu verknappen und zu verteuern, haben die Leverkusener Zentren Schlebusch, Opladen und Wiesdorf leider das wirtschaftliche Nachsehen.

■ **Uwe Bartels**
Bau- und Verkehrspolitischer Sprecher

Impressum:

Redaktion:

Dr. Monika Ballin-Meyer-Ahrens,
Agnes Pötz, Dr. Guido Fischer

FDP - Geschäftsstelle,

Dönhoffstr. 99, 51373 Leverkusen

Die Geschäftsstelle ist geöffnet:

Mo. - Fr.: 9.00-13.00 Uhr

Tel. FDP-Ratsgruppe: 0214-2061236

E-mail: fdp-ratsgruppe@gmx.de

Fotos: Privat